



Do no harm – but do something

Das neue LSBTI-Inklusionskonzept fordert an erster Stelle die Zivilgesellschaft. In der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bestehe die Verpflichtung, keinen Schaden anzurichten, erläutert **Sarah Kohrt** von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

Seit ziemlich genau einem Jahr, seit 3. März 2021 gilt das vom Bundeskabinett verabschiedete »LSBTI-Inklusionskonzept für die Auswärtige Politik und Entwicklungszusammenarbeit«. Darin verpflichtet sich die Bundesregierung, den Schutz der Menschenrechte von LSBTI-Personen zum integralen Teil der Auswärtigen Politik und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu machen. Dieser längst überfällige Schritt – die »Hirschfeld-Eddy-Stiftung« (HES) fordert seit 2011 eine solche Selbstverpflichtung – ist in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. Aber das Konzept ist für alle, die in dem komplexen Gebiet der internationalen LGBTIQ*-Arbeit tätig sind, eine kleine Sensation.

Zwar haben auch Schweden, die Niederlande und Kanada Ansätze der LGBTIQ*-Inklusion aber auch unsere internationalen Partner begrüßen die deutsche Strategie als weitreichend, umfassend und progressiv.

Die Qualität des Konzeptes zeigt, wie gut die Vorarbeiten waren. So wurde erstens das Konzept gemeinsam vom Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt. Es gab zweitens mehrere Konsultationen mit der Zivilgesellschaft. Und es wurden drittens nahezu alle Forderungen aufgegriffen, die die HES und die Yogyakarta-Allianz in dem sogenannten 13-Punkte Papier (»Forderungskatalog – Vorüberlegungen zu einem LSBTI-Inklusionskonzept« vom 21.11.2017) aufgestellt hatten.

Zivilgesellschaft in den Partnerländern einbeziehen

Wir haben beispielsweise gefordert, dass der Zivilgesellschaft in den Partnerländern eine zentrale Rolle zukommt und dass sie bei allen Vorhaben gehört und eingebunden werden soll, um sicherzu-

stellen, dass – entsprechend des »Do no harm« Prinzips – möglicher Schaden von vornherein abgewendet wird. Entsprechend heißt es im LSBTI-Inklusionskonzept der Bundesregierung nun: »Ziel ist eine strukturell nachhaltige Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsarbeit für LSBTI in diesem Bereich unter besonderer Berücksichtigung spezifischer Vulnerabilitäten und Mehrfachdiskriminierungen.« Weil in diesen Ländern Homosexualität oft strafrechtlich verfolgt oder tabuisiert ist, wird sich die Arbeit zu diesem Themenbereich gezielt auf die Unterstützung regionaler zivilgesellschaftlicher Organisationen richten, die gegen ihre Diskriminierung kämpfen.

Bemerkenswert ist auch, dass der für die HES, den Lesben- und Schwulenverband (LSVD) und die Yogyakarta-Allianz so wichtige Punkt »Missionsgeschichte und Kolonialverantwortung« erwähnt ist. Denn die Arbeit von Aktivist*innen vor

Ort hat gezeigt, dass lokale Geschichten, Lebensberichte und Traditionen von LSBTTI*-Personen überall auf der Welt existieren. Und dass Entkriminalisierung immer auch ein Aspekt der Dekolonisierung ist. Nur wenn man sich mit beiden auseinandersetzt, mit der Kolonial- und der Missionsgeschichte, kann man als Staat aus dem Norden heute glaubwürdig in der Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Politik für die Einbeziehung von LSBTTI* eintreten.

Mit der Veröffentlichung des LSBTTI*-Inklusionskonzepts erkennt Deutschland ausdrücklich an, dass die Auswärtige Politik und die Entwicklungszusammenarbeit eine Schutzverpflichtung auch gegenüber LSBTTI* in den Partnerländern haben. Das ist eine Aufforderung zu handeln: Für die Bundesregierung, für die großen Träger aus der EZ, wie die Parteistiftungen, Brot für die Welt oder Misericordia, und auch für diejenigen, die – wie etwa die HES – schon seit vielen Jahren in der Projektarbeit mit LGBTI-Gruppen aus dem globalen Süden aktiv sind.

Das Konzept ist ein zentrales Referenzdokument mit wichtigen Vorgaben und Anregungen für Ministerien, Durchführungsorganisationen und Diplomatie und zugleich ein Aufruf, die Partner*innen in den Ländern des Globalen Südens und Ostens zu stärken.

Umsetzungsauftrag für die neue Bundesregierung

Die neue Bundesregierung muss das Konzept jetzt umsetzen. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben sich wiederholt und klar zur Geltung der Yogyakarta-Prinzipien und der Bedeutung von Menschenrechten in der internationalen Zusammenarbeit und Entwicklung ausgesprochen. Die Regierungsparteien haben nun die Gelegenheit, ihren Bekenntnissen Taten folgen zu lassen. Dafür sollten das AA und das BMZ ihre erfolgreiche Kooperation miteinander und mit der Zivilgesellschaft ausbauen.

Insbesondere das BMZ, mit seinem enorm großen Budget und gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen als zweitgrößter Geber in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit muss sich bewegen. Damit das auch klappt, fordern die HES, die Dreilinden gGmbH und filia.die frauenstiftung die Einrichtung einer »Projektgruppe Umsetzung des LSBTTI*-Inklusionskonzepts«.

Die wichtigen Punkte der Umsetzung sind insbesondere die im Konzept formulierte »Abstimmung mit der Zivilgesellschaft und insbesondere von LSBTTI-Organisationen«, die Berücksichtigung der »Missions- und Kolonialgeschichte« und »spezifischer Vulnerabilitäten und Mehrfachdiskriminierungen«.

Die kleinen NGOs nicht mit der großen Bürokratie ersticken

Ein sehr wichtiges Thema ist auch die Anpassung der Vergaberegularien und Förderrichtlinien, die derzeit so komplex und bürokratisch sind, dass kleine Nichtregierungsorganisationen (NGOs) faktisch keine Möglichkeiten haben, Projektgelder zu beantragen. Aus eigener Erfahrung fordern die HES, die Dreilinden gGmbH und filia.die frauenstiftung die Schaffung von Förderinstrumenten, die sich gezielt an kleine NGOs richten und einen Fonds für Menschenrechtsverteidiger*innen.

Zudem sollte die Projektgruppe jährliche Berichte über die Fortschritte der Umsetzung sowie Probleme erstellen. Und zur nächsten Bundestagswahl erwarten wir einen Abschlussbericht. Wir wollen wissen, was die Ministerien vom LSBTTI*-Inklusionskonzept umgesetzt haben.

Die Chance zum Aufbruch

Bei alledem ist die Zivilgesellschaft an erster Stelle gefordert. Wir stehen noch ganz am Anfang. So gut auch die konzeptionellen Anforderungen sind, besteht in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit die Verpflichtung, keinen Schaden anzurichten. Do no harm ist die Aufforderung, genau hinzusehen. Was gut gemeint ist, ist nicht immer auch gut gemacht.

Zugleich darf uns aber die Sorge vor Fehlern und die möglicherweise kommende Kritik nicht handlungsunfähig machen. Die HES hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, die aus langjähriger Projektarbeit gewonnenen Erkenntnisse zu vermitteln. Alle, die sich dafür interessieren, sind herzlich eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen. Nicht zuletzt die Yogyakarta-Allianz sucht immer Mitstreiter*innen. Mit großen und kleinen Veranstaltungen – im Rahmen des Projektes »Do no harm - Risiken in der internationalen Projektarbeit minimieren« – rufen wir dazu auf, das Know-how der internationalen LGBTI-Arbeit, die Regenbogen-

kompetenz, wie wir das auch nennen, zusammenzutragen. Es ist an der Zeit, die Best- oder genauer gesagt First-Practices zu sammeln und zu diskutieren, um besser weiterzumachen. Denn unser Motto ist: »Do no harm – but do something«.

Mehr Informationen

www.hirschfeld-eddy-stiftung.de

<https://blog.lsvd.de>

■ Das LSBTTI*-Inklusionskonzept für die Auswärtige Politik und die Entwicklungszusammenarbeit auf den Seiten des Auswärtigen Amtes www.auswaertiges-amt.de



Sarah Kohrt ist Referentin bei der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und Koordinatorin der Yogyakarta-Allianz. Die Stiftung setzt sich seit 2007 für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und

Inter*personen weltweit ein. Die LGBTI-Plattform Menschenrechte dient der Vernetzung und Information, für mehr Informationen schreiben Sie bitte an: sarah.kohrt@hirschfeld-eddy-stiftung.de

Spenden & Öffnungszeiten Welthaus Bielefeld

Spenden für die Arbeit des Welthaus Bielefeld:

- Welthaus Bielefeld, IBAN DE 91 4805 0161 0000 0908 94

Kontakt:

Welthaus Bielefeld e.V. | August-Bebel-Str. 62 | 33602 Bielefeld www.welthaus.de | 0521. 986 48 -0

- Öffnungszeiten Café Welthaus stets aktuell unter

welthaus.de/cafe-welthaus

- Die Mediothek ist geöffnet. Es gibt weiterhin die Möglichkeit der digitalen Ausleihe: eine-welt-unterrichtsmaterialien.de/gesamt
Bestellung: mediothek@welthaus.de



Das Welthaus Bielefeld trägt das DZI Spendensiegel für sparsame Haushaltsführung und transparente Verwendung der Spenden.